

Udo Grashoff

Widerstand als Farce?

V-Männer in der illegalen KPD in Breslau 1935–1939

Zur Geschichte des kommunistischen Widerstands in Schlesien ist bisher kaum geforscht worden. In der Bundesrepublik spielte der Widerstand von Kommunisten gegen den Nationalsozialismus, wenn überhaupt, eine marginale Rolle,¹ in der DDR endete dessen Erforschung, von wenigen Ausnahmen abgesehen, an der »Oder-Neiße-Friedensgrenze«. Das Desiderat wurde durch neuere Publikationen nicht wettgemacht.²

Für die nachfolgende Darstellung muss eine knappe Skizze über die Situation der Breslauer KPD genügen: 1933 erlitt sie einen rasanten Mitgliederverlust und damit eine organisatorische Katastrophe. Waren im Januar 1933 noch 4600 Kommunisten in 15 Unterbezirken erfasst, so zählte die illegale KPD-Bezirksleitung im November desselben Jahres nur noch 115 Mitglieder, von denen nur etwa 65 ihre Beiträge entrichteten. Zahlreiche Nebenorganisationen waren scheinbar nicht mehr existent. Allerdings ist anzunehmen, dass es mehr Kommunisten in Breslau gab, als die Erhebungen der KPD verzeichneten, zumal die Gestapo auch in den folgenden Jahren immer wieder kommunistische Parolen in Telefonzellen und öffentlichen Toiletten entdeckte.³ Eine Reaktion auf den nationalsozialistischen Terror war offenbar, dass sich Kommunisten dezentral und auch über Parteigrenzen hinweg zusammenschlossen. Besonders aktiv waren 1933/34 etwa 60 Jugendliche aus dem Kommunistischen Jugendverband – Opposition (KJVO), dem Kommunistischen Jugendverband Deutschlands (KJVD) und der Sozialistischen Arbeiter-Jugend (SAJ), die, in kleinen Gruppen organisiert, Flugschriften und Klebezettel verbreiteten.⁴ Viele ehemalige Kommunisten hatten sich aber auch von der Partei zurückgezogen.

- 1 Nur am Rande erwähnt wird der kommunistische Widerstand in: Arbeitskreis »Ehemals Schlesische Sozialdemokraten«: Der Widerstand gegen das Nazi-Regime in Schlesien von 1932 bis 1945 durch SPD und andere Gruppen, Bonn 1987. Überhaupt nicht behandelt wird das Thema, trotz des allgemeinen Titels, in: Lothar Brossle (Hg.): Nationalsozialismus und Widerstand in Schlesien, Sigmaringen 1989.
- 2 Siehe Cornelia Domaschke/Daniela Schmohl/Günter Wehner (Hg.): Nationalsozialismus und antifaschistischer Widerstand in Schlesien, Berlin 2009; Cornelia Domaschke/Daniela Fuchs-Frotscher/Günter Wehner (Hg.): Widerstand und Heimatverlust. Deutsche Antifaschisten in Schlesien, Berlin 2012. Nach der Verhaftung des KPD-Führers Augustin Sandtner und der Ermordung des bekannten Politikers der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) Dr. Ernst Eckstein waren es zunächst vor allem Mitglieder der SAP, die sich illegal organisierten.
- 3 Siehe Gestapo Breslau, Monatsberichte 1936–38, Bundesarchiv (im Folgenden: BArch) R 58/3728.
- 4 Siehe Günter Wehner: Widerstandsaktivitäten in Breslau 1933 bis 1936, in: Domaschke u. a. (Hg.): Widerstand und Heimatverlust (Anm. 2), S. 105.

Dazu mochte beigetragen haben, dass allein zwischen März und November 1933 die Mitglieder von drei Bezirksleitungen verhaftet wurden. In einem KPD-Bericht vom November 1933 wurde beklagt: »Durch das viele Denunzieren und Verraten von Funktionären in den letzten Monaten sind die noch in Freiheit befindlichen Genossen sehr misstrauisch und sehr schwer für die Arbeit zu gewinnen.«⁵

Dennoch war es der illegalen KPD bis ins Jahr 1935 immer wieder gelungen, nach Verhaftungen neue Bezirksleitungen ins Leben zu rufen. Die Gestapo wiederum versuchte, diese Reorganisationsbestrebungen zu kontrollieren. Der vorliegende Aufsatz befasst sich mit der Frage, welche Rolle hierbei die von dem altgedienten Kriminalkommissar Josef Kluske⁶ geführten V-Leute Georg Paris, Oskar Pöhlich und Walter Marquardt spielten.⁷

Georg Paris – der große Unbekannte

Der 1901 im oberschlesischen Hindenburg (heute Zabrze) geborene Georg Paris war im letzten Jahr der Weimarer Republik Chefredakteur der *Arbeiter-Zeitung für Schlesien*, dem offiziellen Blatt der KPD. Dadurch war er sowohl innerhalb der KPD als auch bei der politischen Polizei bekannt. Ende 1932 wurde er als Chefredakteur abgesetzt, weil er verdächtigt wurde, Spitzeldienste geleistet zu haben. Dieser Verdacht war nicht unberechtigt.⁸ Allerdings waren Spitzelvorwürfe damals inflationär, und so ließ die KPD, weil man sich offenbar nicht sicher war, Paris bis zum Verbot der *Arbeiter-Zeitung* als Redakteur weiter mitarbeiten.

Da Paris im Unterschied zu höheren Parteifunktionären über kein illegales Quartier verfügte, suchte er, um der Verhaftungswelle nach dem Reichstagsbrand zu entgehen, zunächst in einer Klinik Unterschlupf. Später zog er zu seiner ehemaligen Sekretärin, bis er Ende März 1933 festgenommen und im Polizeigefängnis inhaftiert wurde.⁹ Vorausge-

5 Bericht vom Bezirk 7. November 1933, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (im Folgenden: SAPMO-BArch) RY 1/I 3/6/24, Bl. 4–6, hier 4.

6 Geboren 1879, ab 1903 im Polizeidienst, ab 1908 im Kriminaldienst, 1915–1921 in der Spionageabwehr, danach bearbeitete er bei der politischen Polizei Breslau die Kommunistische Bewegung. Vor 1933 wurde ihm nachgesagt, der Sozialdemokratie nahestehen. Siehe Cornelia Domaschke/Daniela Fuchs-Frotscher: Täter und Biedermann – der Gestapokommissar Josef Kluske aus Breslau, in: Domaschke u. a. (Hg.): Widerstand und Heimatverlust (Anm. 2), S. 58–76; Erich Waschlewski, Bericht, Weimar o.D. [1950], SAPMO-BArch DY 55/115, Bl. 3. Kluske trat 1933 nicht in die NSDAP ein, versuchte sich aber als unentbehrlicher Beamter (möglicherweise auch gegenüber aufstrebenden Nationalsozialisten) zu profilieren. Siehe Max Beckmann, Eidesstattliche Erklärung, 1.11.1949, Abschrift, SAPMO-BArch DY 55/116, Bl. 29–32, hier 30.

7 Siehe Lore, Tätigkeit der V-Männer »Max« (richtig Walter Marquardt), »Gustav« (richtig Oskar Pöhlich) und des SA-Mannes Hans Fischer für die Gestapoleitstelle Breslau in den Jahren 1933/41, 17.2.1948, SAPMO-BArch RY 1/I 2/3/163, Bl. 75.

8 Siehe Erster Staatsanwalt Dr. Topf, Vernehmung Josef Kluske, Detmold, 27.1.1949, Landesarchiv Schleswig-Holstein (im Folgenden: LASH), Abt. 352 Kiel, Nr. 1709, Bl. 65 f.

9 Siehe Paris an Ministerium für politische Befreiung, Ministerialdirektor Koransky, Ludwigsburg 26.2.1949 sowie Elfriede Schrödel, geb. Kuchta, Eidesstattliche Erklärung, Bayreuth, 10.9.1948, Landesarchiv Baden-Württemberg, Staatsarchiv Ludwigsburg (im Folgenden: LABW-StaL) EL 902/7, Bü 11072, n.pag.

Dieses Foto kann aus
urheberrechtlichen Gründen in
der Online-Ausgabe des JHK
nicht angezeigt werden.

Georg Paris, Ausweisfoto aus der Nachkriegszeit.

Staatsarchiv Ludwigsburg, Akte EL 902/7 Bü 11072

setzt, er war zu diesem Zeitpunkt tatsächlich schon V-Mann, könnte seine Verhaftung damit erklärt werden, dass die SA hierbei federführend war und die politische Polizei nur begrenzten Einfluss auf Verhaftungen hatte.

Im Mai 1933 kam Paris in das Konzentrationslager Breslau-Dürrgoy, ein wegen seiner unmenschlichen Zustände berüchtigtes Arbeits- und Folterlager, das vom Polizeipräsidenten und SA-Führer Edmund Heines eingerichtet und von der SA bewacht wurde.¹⁰ Vergleichsweise früh, Anfang Juni 1933, wurde seinem Entlassungsgesuch stattgegeben, in dem er versichert hatte, dass er sich Ende 1932 »von der KPD ideologisch getrennt« habe.¹¹ Einige Wochen später wurde Paris erneut für etwa acht Tage zu Vernehmungen (im Zuge der Neuauflage eines Prozesses wegen Tötung eines Stahlhelm-Mannes durch einen Kommunisten) ins Polizeigefängnis gebracht.¹² Da Paris mit der Sache offenkundig nichts zu tun hatte, glaubten die Mitinhaftierten, er solle sie aushorchen. »Nun ging durch alle politischen Kreise in Breslau die Warnung, sich vor Paris in Acht zu nehmen«, erinnerte sich der Kommunist Erich Waschlewski, bis 1933 Leiter des illegalen Rotfrontkämpferbundes.¹³ Bei kritischer Sichtung der Anschuldigungen gegen Paris muss allerdings eingeräumt werden, dass seine Handlungen bis zu diesem Zeitpunkt auch das Ergebnis von Opportunismus und Ausweichverhalten gewesen sein können.

Für die Folgezeit gilt das nicht mehr. Eine logische Konsequenz seiner Abwendung vom Kommunismus hätte sein müssen, sich von den ehemaligen Genossen zurückzuzie-

10 Siehe Andrea Rudorff: Breslau-Dürrgoy, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 2: Frühe Lager, Dachau, Emslandlager, München 2005, S. 83–86.

11 Protokoll der Öffentlichen Sitzung der Zentralspruchkammer Nord-Württemberg, 21./22.11. und 6./7.12.1949, S. 1–28, hier S. 3, LABW-StaL, EL 902/7, Bü 11072, n.pag.

12 Siehe Georg Paris, Lorch/Württemberg, an Zentralspruchkammer Nord-Württemberg, Kammer VII, 5.11.1949, LABW-StaL, EL 902/7, Bü 11072, n.pag.

13 Erich Waschlewski, Betr. Angelegenheit Paris, Bad Berka, 30.6.1946, SAPMO-BArch DY 55/V 278/4/107, n.pag.

hen. Paris hingegen knüpfte Kontakte zu jenen Kommunisten, die zu Widerstandsaktionen bereit waren, und gewann durch Herausgabe von Flugblättern und Verbreitung illegaler Literatur ihr Vertrauen, insbesondere das von Max Beckmann, der bis November 1934 die illegale Breslauer KPD-Organisation leitete. Beckmann war es nach der Verhaftung der vorherigen Bezirksleitung schnell gelungen, die Reste kommunistischer Gruppen neu zu organisieren. Unter dem Decknamen »Peter« gehörte Paris bald zur Leitung der sogenannten Beckmann-Gruppe.¹⁴ Durch seine Nähe zur illegalen KPD-Führung verfügte er über brisante Informationen; so wusste er von einem Befreiungsplan für einen zum Tode verurteilten Kommunisten. Dieser Plan wurde verraten, was zu Verhaftungen führte. Ob Paris dafür verantwortlich war, blieb wie vieles in seinem Wirken im Dunkeln.¹⁵ Ein Zeitzeuge erinnerte sich, dass Paris »weniger sichtbar, sondern mehr im Hintergrund als dirigierender und den Gang der Dinge kontrollierender Mann in Erscheinung trat«.¹⁶ Innerhalb der illegalen KPD fiel er vor allem dadurch auf, dass er entgegen den konspirativen Regeln mehr wissen wollte, als für seine Rolle in der Widerstandsorganisation nötig war.¹⁷ Einer Spitzelwarnung der »Roten Hilfe« vom Mai 1934 zufolge zeichnete er sich durch ein »hinterhältiges gedrücktes Wesen« aus.¹⁸ Allerdings wurde irrtümlicherweise behauptet, Paris sei der Deckname eines anderen Gestapoagenten namens Szymkowiak. Insofern wurde hier wahrscheinlich nicht Paris, sondern der ebenfalls der Spitzeltätigkeit Verdächtige Szymkowiak beschrieben.¹⁹ Eines verdeutlicht die Verwirrung in der Spitzelwarnung auf jeden Fall: wie schwer greifbar Georg Paris den Zeitgenossen erschien. Retrospektiv ist es auch nahezu unmöglich, den spezifischen Anteil von Paris an Polizeiaktionen zu ermitteln, wenn etwa in einem Gestapo-Bericht lediglich »umfangreiche Ermittlungen mit Vertrauenspersonen« erwähnt werden; Paris war offenbar Teil eines Spitzel-Netzwerks.²⁰

Wendepunkt seiner Einbeziehung in illegale Aktivitäten der KPD war eine Fahrt zu einem Treffen nach Braunau (heute Broumov) im Sommer 1934. In der grenznahen

14 Siehe Amtsgericht Potsdam, Zeugin Martha Dommisch, 10.3.1949, Abschrift, LABW-StaL, EL 905/4, Bü 2214, n.pag.

15 Umso schwerer wiegt, dass der ansonsten kaum zu Aussagen bereite Gestapokommissar Kluske die Möglichkeit, dass Paris V-Mann war, nicht ausschloss. Siehe Zentralspruchkammer Nord-Württemberg, Protokollarische Vernehmung, Ludwigsburg, 30.5.1949, Abschrift, SAPMO-BArch DY 30/IV 2/4/274, Bl. 56 f.

16 Karl Keffler, Aussagen gegen Georg Paris, Dresden, 12.10.1948, SAPMO-BArch DY 55/V 278/2/71, n.pag.

17 Siehe Amtsgericht Großenhain, Zeuge Max Heinrich Oskar Beckmann, 2.12.1948, Abschrift, LABW-StaL, EL 905/4, Bü 2214, n.pag.

18 SOPADE [Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands], Mitteilungen über das Spitzelwesen Nr. 7 vom 18.7.1934, BArch R 58/517, Bl. 72–138, hier 80.

19 Der Irrtum könnte daher rühren, dass beide bei der Schlesischen Arbeiter-Zeitung angestellt waren, der eine als Chefredakteur, der andere als Akquisiteur. Siehe Erinnerungen der Genossin Friedel Malter aus der Zeit von 1933–1945, Berlin, Juni 1964, SAPMO-BArch SgY 30/1210, Bl. 1–43, hier 12. Im Spitzelverzeichnis der KPD vom August 1936 sind beide Personen getrennt aufgeführt. Siehe Schwarze Liste, August 1936, BArch R 58/3262, Bl. 31–47.

20 Bericht der Gestapo Breslau, Fragment, o.D. [August 1934], Bl. 6 f., BArch R 58/3719, Bl. 106 f. Siehe Schwarze Liste, August 1936, BArch R 58/3262, Bl. 31–47. Hier werden fünf Spitzelverdächtige genannt.

böhmischen Kleinstadt hatte die KPD-Abschnittsleitung ihren Sitz. Der emigrierte ehemalige Reichstagsabgeordnete Karl Becker erhob gegen Paris schwere Spitzelvorwürfe, woraufhin dieser sich – während noch erwogen wurde, ihn von der tschechischen Polizei verhaften zu lassen – in Richtung Breslau in Sicherheit brachte.

Nun setzte sich bei den schlesischen Kommunisten die Erkenntnis durch, es mit einem Gestapoagenten zu tun zu haben. Gewissheit bekamen sie, nachdem sie Paris observiert und festgestellt hatten, dass er sich heimlich mit Gestapobeamten traf. Um ganz sicher zu sein, spielten sie ihm falsche Informationen über einen angeblichen Transportweg illegaler Literatur zu. Tatsächlich wurde dieser in der Folgezeit verstärkt kontrolliert.²¹

Paris seinerseits bemerkte nicht nur, dass die Kommunisten von ihm abrückten, er erfuhr durch einen Zufall auch, dass vor ihm gewarnt wurde.²² So erscheint die Vermutung einiger Zeitzeugen plausibel, dass die Gestapo mit der Aktion, bei der im Herbst 1934 etwa 50 Kommunisten verhaftet wurden, darauf reagierte, dass ihr V-Mann im Begriff war, seine Schlüsselposition zu verlieren.²³ Möglicherweise überschätzten die Kommunisten aber auch die Bedeutung von Paris, und das Eingreifen der Gestapo erfolgte vor allem deshalb, weil man – auch infolge des gewachsenen Misstrauens innerhalb der illegalen KPD – keine weitere Steigerung der Widerstandsaktivitäten erwartete. Die eher beiläufige Bemerkung einer damals festgenommenen und vor Gericht gestellten Kommunistin, »dass die Verhaftungen erfolgten, als die ganze Gruppe begann auseinanderzufallen«, weist in diese Richtung.²⁴ Letztlich hat Paris als V-Mann sicher auch dazu beigetragen, die Verhaftungsaktion durchzuführen, für seine direkte Beteiligung, etwa an Gegenüberstellungen, gibt es keine Belege.

Nach der Festnahme der Beckmann-Gruppe versuchte Gestapokommissar Kluske, durch Paris an unentdeckt gebliebene Staatsfeinde in Breslau heranzukommen und den emigrierten KPD-Funktionär Karl Becker auszuspionieren. Das gelang nicht.²⁵ Im Gegenzug scheiterte allerdings auch der Versuch zweier Kommunisten, dem Spitzel eine Falle zu stellen.²⁶

Im August 1936 tauchte der Name Georg Paris in der umfassenden »Schwarzen Liste« der KPD auf. Bemerkenswert ist, dass in dieser Liste lediglich von einem »Spitzelverdacht« die Rede ist, ganz sicher war man sich zu diesem Zeitpunkt offenbar immer noch

21 Siehe Amtsgericht Großenhain, Zeuge Max Heinrich Oskar Beckmann, 2.12.1948, Abschrift, LABW-StaL, EL 905/4, Bü 2214, n.pag.

22 Siehe Hermann Hartmann, Erklärung, Gera, 1.8.1949, SAPMO-BArch DY 55/116, Bl. 12.

23 Siehe Zusammenfassender Bericht über die Widerstandsbewegung in Mittel- und Niederschlesien für die Zeit von 1933 bis 1935, Entwurf, 15.2.1961, hier Bl. 12–14, SAPMO-BArch DY 55/V 278/2/71, n.pag.; Max Beckmann an VVN-Generalsekretariat Berlin, 3.11.1948, in: ebd.

24 Amtsgericht Potsdam, Zeugin Martha Dommisch, 10.3.1949, Abschrift, LABW-StaL, EL 905/4, Bü 2214, n.pag.

25 Siehe Amtsgericht Wittenhausen, Zeuge Kurt Kanther, 10.3.1949, LABW-StaL, EL 905/4, Bü 2214, n.pag.

26 Siehe Karl Keßler, Aussagen gegen Georg Paris, Dresden, 12.10.1948, SAPMO-BArch DY 55/V 278/2/71, n.pag.; Ich, Kurt Kanther, geb. 1.3.1911, erkläre zur Sache Paris folgendes [o.D.], SAPMO-BArch DY 55/V 278/4/107, n.pag.

nicht.²⁷ Wenig später nahm Paris eine geregelte Arbeit auf, was ein Indiz dafür ist, dass Gestapokommissar Kluske – zu dessen Strategie es gehörte, kommunistische V-Leute in der Arbeitslosigkeit zu halten, um sie im kommunistischen Milieu einsetzen zu können²⁸ – den V-Mann zu diesem Zeitpunkt fallen ließ.

Oskar Pöhlich – der »beste Mann am Ort«?

Im Frühjahr 1935 klingelte bei Gestapokommissar Kluske das Telefon. Am anderen Ende der Leitung berichtete Oskar Pöhlich, ein im September 1933 aus dem KZ entlassener Kommunist, er sei von der illegalen KPD zur Mitwirkung aufgefordert worden. Er nannte die Namen zweier Personen und fragte, wie er reagieren solle. Kluske antwortete: »Mitarbeiten!«²⁹ Bei einem Treff in einem Café besprachen Kluske und Pöhlich dann die Details der weiteren Zusammenarbeit.

Der im gleichen Jahr wie Georg Paris geborene Pöhlich war kein bedeutender Funktionär. Aber auch er war langjähriges Parteimitglied. Seit 1923 Kommunist, hatte er bei der Parteizeitung als technischer Angestellter gearbeitet und sich dabei die Wertschätzung vieler Genossen erworben.³⁰ Ende 1934 hatte ihn der illegal tätige KPD-Funktionär Fritz Haase angesprochen. Pöhlich, der 1933 durch das Verbot der kommunistischen Zeitung arbeitslos geworden war und dies, von gelegentlichen Aushilfsarbeiten auf dem Güterbahnhof abgesehen, bis 1936 blieb, hatte nach anfänglichem Zögern zugesagt.³¹ Zu dieser Zeit existierten in Breslau zwei illegale KPD-Organisationen, eine unter der Leitung von Erich Waschlewski für den westlichen Teil und eine unter Fritz Haase für den östlichen Teil der Stadt. Pöhlich arbeitete als Kurier für Haase und verteilte illegales Schriftmaterial.

Erst etwa ein halbes Jahr später ging Pöhlich zur Gestapo. Seinen Angaben zufolge hatte ihn ein SS-Mann auf die illegale politische Tätigkeit angesprochen, ihm Details und Namen vorgehalten und ihm warnend geraten, die Sache bei der Gestapo anzuzeigen.³² Dass er im Frühjahr 1935 bei Kluske anrief, begründete Pöhlich mit Kluskes »sachliche[r] Haltung«.³³ Offensichtlich war es Polizeikommissar Kluske gelungen, bei

27 Schwarze Liste, August 1936, BArch R 58/3262, Bl. 31–47, hier 40.

28 So wurde Oskar Pöhlich trotz mehrfacher Anforderungen vom Arbeitsamt arbeitslos gehalten, damit er stets zur Verfügung stand, um Aufträge der Gestapo erfüllen zu können. Siehe Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof, Strafsache gegen [Alfons] Lüdke, Breslau 19.–22.10.1938, BArch Z-C 11236, Bd. IV, Bl. 238–267, hier 249 f.

29 Bericht über die Schwurgerichtsverhandlung gegen Oskar Pöhlig [richtig: Pöhlich], VVN Kiel an Landessekretariat VVN Schleswig-Holstein, Hamburg, 3.5.1949, BArch BY 5/V 279/137, n.pag.

30 Siehe Staatspolizeistelle Breslau an VGH Berlin, 9.12.1936, BArch NJ 8638, Bd. 8, n.pag.; Bericht über die Schwurgerichtsverhandlung gegen Oskar Pöhlig [richtig: Pöhlich] (Anm. 29).

31 Siehe Hermann Hartmann, Stellungnahme zum Protokoll über die Vernehmung des Oskar Pöhlich, Gera, 6.9.1948, LASH, Abt. 352 Kiel, Nr. 1709, Bl. 30.

32 Siehe Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof, Strafsache gegen [Alfons] Lüdke, Breslau 19.–22.10.1938, BArch Z-C 11236, Bd. IV, Bl. 238–267, hier 249 f.; Oberstaatsanwalt Kiel, Urteil gegen Oskar Pöhlich, 26.4.1949, LASH, Abt. 352 Kiel, Nr. 1709, Bl. 167–180.

33 Ebd., Bl. 169.

dem Arbeiter Pöhlich so etwas wie Vertrauen zu erzeugen. Kluske zufolge soll ihm Pöhlich schon bei seiner KZ-Entlassung versprochen haben, sich bei Gelegenheit erkenntlich zu zeigen.³⁴

Durch die zentrale Stellung als Kurier der illegalen KPD-Führung in Breslau avancierte Pöhlich 1935 zu Kluskes wichtigstem V-Mann. In diesem Jahr nahmen die kommunistischen Aktivitäten einen Aufschwung, der seine Kraft zu einem nicht unwesentlichen Teil daraus bezog, dass »die Stimmung unter der Arbeiterschaft des Industriegebiets« in Schlesien »die denkbar schlechteste seit der nationalsozialistischen Erhebung« war. Hohe Lebenshaltungskosten und niedrige Löhne warfen die Frage nach der Gerechtigkeit in der postulierten Volksgemeinschaft auf.³⁵ Die verstärkten illegalen Aktivitäten zeigten sich in Breslau darin, dass neue Gruppen der KPD, des Kommunistischen Jugendverbandes und der »Roten Hilfe« entstanden und dass mehrfach Flugblätter verteilt wurden, die aus der Tschechoslowakei stammten. Eigentlich waren diese Flugblätter nur für die Verteilung im Mitgliederkreis bestimmt, aber teilweise landeten sie, entgegen den Anweisungen der Partei, auch in anderen Briefkästen oder auf der Straße.

Ein bemerkenswertes »Vorkommnis« stellte die am 18. August 1935 in einem Zelt am Ufer der Oder abgehaltene KPD-Bezirkskonferenz dar. Von Oskar Pöhlich, der daran teilnahm, erfuhr die Gestapo, dass hier nicht nur die politische Lage, sondern der Ausbau der illegalen Organisation besprochen worden war. Zur Umsetzung der Pläne kam es jedoch nicht mehr, die Funktionäre wurden Anfang September verhaftet. Die Gestapo hielt den Verhafteten detailliert die Inhalte ihrer Besprechung vor,³⁶ verstand es jedoch, die Rolle Pöhlichs über längere Zeit zu vertuschen. So entstand viele Jahre später bei betroffenen Kommunisten der Eindruck, die Gestapo hätte durch eine zeitlich abgestufte Verhaftungsaktion absichtlich den Anschein erweckt, die ersten Verhafteten seien schwach geworden und hätten weitere Genossen verraten.³⁷ Möglicherweise wurde damit aber das tatsächliche Wissen der Gestapo überschätzt, die erst nach und nach die Teilnehmer der »Zelt-Konferenz« ermitteln konnte. Pöhlich kannte nur drei Kommunisten persönlich, deren Namen er der Gestapo preisgab. Später brachte er zwei weitere Namen in Erfahrung.³⁸ Wie die Gestapo die restlichen zwei Namen ermittelte, konnte bei einem

34 Siehe Erster Staatsanwalt Dr. Topf, Vernehmung Josef Kluske, Detmold, 27.1.1949, LASH, Abt. 352 Kiel, Nr. 1709, Bl. 65 f.

35 Siehe Staatspolizeistelle Breslau, Übersicht für die Staatspolizeistellen Breslau, Liegnitz und Oppeln für die Zeit vom 1. Juli 1935 bis 31. Juli 1935, 3.8.1935, BArch R 58/3719, Bl. 271–291, hier 271.

36 Siehe Hermann Hartmann, Erklärung, Gera, 10.1.1948, Abschrift; Erich Waschlewski, Eidesstattliche Erklärung, Weimar, 19.3.1948; Aussage Oskar Pöhlich, Abschrift aus den Akten der Staatsanwaltschaft Kiel, SAPMO-BArch DY 55/V 278/2/71, n.pag.

37 So ging man noch im November 1935 in einem KPD-Bericht davon aus, der Verräter sei der im August verhaftete Rektor Felsen gewesen. Siehe Betr. Verhaftungen in Breslau, 7.11.1935, SAPMO-BArch RY 1/I 2/3/97, Bl. 13. Ein weiteres, noch im April 1936 kursierendes Gerücht verdächtigte den ehemaligen Agitpropsekretär der KPD-Bezirksleitung und Vorsitzenden der KPD-Stadtverordnetenfraktion Breslau, Werner Brodde. Siehe Claus/Richard [Rudolf Lehmann], Bericht über Breslau, 14.4.1936, SAPMO-BArch RY 1/I 2/3/97, Bl. 19–22, hier 20.

38 Pöhlich erfuhr die Namen von Walter Marquardt, der selbst nicht an der Zelt-Konferenz teilgenommen hatte und zu dieser Zeit eigenen Aussagen zufolge noch kein V-Mann war. Siehe Der Oberstaatsanwalt, Vernehmung Oskar Pöhlich, Kiel, 2.2.1949, LASH, Abt. 352 Kiel, Nr. 1709, Bl. 71–73.

1949 gegen Pöhlich durchgeführten Spruchkammerverfahren nicht aufgeklärt werden.³⁹

Obwohl Oskar Pöhlich als einziger Teilnehmer der »Zelt-Konferenz« nicht verhaftet und bei den Verfahren vor dem Volksgerichtshof nie nach dem achten Teilnehmer gefragt wurde, kursierte keine Spitzelwarnung vor Pöhlich; offenbar schöpften die wenigen weiterhin illegal tätigen Kommunisten in Breslau keinen Verdacht gegen ihn.

Noch vor der Verhaftungsaktion gegen die KPD-Bezirksleitung im Frühjahr 1935 war Pöhlich der Kontaktmann der illegalen KPD-Organisation zu einer anderen kommunistischen Gruppe geworden. Diese auch als Gruppe »Robert« bezeichnete Organisation bestand seit 1933, einige führende Mitglieder wie Hermann Sawa und Karl Maliske waren beim Straßenbahnbetrieb tätig. Nachdem Pöhlich im Herbst 1935 als einziges Mitglied der Breslauer KPD-Führung übrig geblieben war, organisierte er die verbliebenen Kommunisten nach dem üblichen KPD-Schema, mit Polleiter, Orgleiter und Kassierer. Über ein Jahr lang kassierte er Mitgliedsbeiträge und verteilte illegale Druckschriften – wobei es sich jedoch nicht um aktuelles Material handelte, wahrscheinlich stammte es aus einer Gestapo-Razzia.⁴⁰ Nach etwa einem Jahr illegaler Arbeit unter direkter Gestapo-Kontrolle wurden die Mitglieder der Gruppe am 14. Oktober 1936 verhaftet.⁴¹

Bereits seit Herbst 1935 hatte sich Pöhlich auch als Verbindungsmann zu KPD-Emigranten hervorgetan.⁴² Etwa einmal im Monat traf er mit KPD-Funktionären der Grenzstelle Braunau zusammen und wirkte auch als Kontaktperson für den Instrukteur Rudolf Lehmann, als dieser Anfang April 1936 von der Prager KPD-Emigrationsleitung nach Breslau geschickt wurde. Lehmann hatte den Auftrag, die nach der Verhaftung der KPD-Bezirksleitung nahezu zum Erliegen gekommene illegale Parteiarbeit neu zu organisieren.⁴³ Pöhlich, der Lehmann in Prag als »alter und zuverlässiger Genosse« empfohlen worden war,⁴⁴ vermittelte den Instrukteur an Walter Marquardt weiter (der ebenfalls V-Mann der Breslauer Gestapo war). Von den Charaktereigenschaften Marquardts war Lehmann allerdings nicht überzeugt; Pöhlich hingegen, der gleichzeitig Organisationsleiter und Techniker war, erschien ihm als »bester Mann am Ort«.⁴⁵ Da Pöhlich einen

39 Siehe Oberstaatsanwalt Kiel, Urteil gegen Oskar Pöhlich, 26.4.1949, LASH, Abt. 352 Kiel, Nr. 1709, Bl. 167–180.

40 Siehe Gerhard Ulbrich, Eidesstattliche Erklärung, 19.3.1948 sowie Karl Maliske, Versicherung an Eidesstatt, Abschrift, Erding, 6.4.1948, SAPMO-BArch DY 55/V 278/2/71, n.pag.

41 Gestapokommissar Kluske bestätigte später, dass er durch Pöhlich von der Gruppe um Sawa, Ulbrich und Maliske erfahren hatte. Siehe Erster Staatsanwalt Dr. Topf, Vernehmung Josef Kluske, Detmold, 27.1.1949, LASH, Abt. 352 Kiel, Nr. 1709, Bl. 65 f.

42 Siehe Gestapo Breslau, Betrifft: Strafsache gegen den Modelltischler Rudolf Lehmann, 9.12.1936, BArch NJ 8638, Bd. 8, n.pag.

43 Die Gestapo stellte Ende 1935 fest, dass die Aktivitäten der KPD nachgelassen hätten, dass aber immer noch einzelne Gruppen aktiv seien. Sichtbar wurde das zum Beispiel am 3. Dezember 1935, als unzählige mit Hammer und Sichel bedruckte Sowjetsterne in der Oder schwammen. Siehe unvollständiger Bericht der Gestapo Breslau [1935], BArch R 58/3728, Bl. 45–49.

44 Rudolf Lehmann, Schutzschrift, an Volksgerichtshof, Breslau, 6.5.1937, BArch NJ 8638, Bd. 3, Bl. 26–29, hier 27.

45 Claus/Richard [Rudolf Lehmann], Bericht über Breslau, 14.4.1936, SAPMO-BArch RY 1/I 2/3/97, Bl. 19–22, hier 19.

Handabzugsapparat besaß, nahm er eine Schlüsselposition in der illegalen Organisation in Breslau ein, zu der in dieser Zeit, so berichtete Rudolf Lehmann im April 1936, etwa 60 Leute gehörten, darunter neben KPD-Mitgliedern auch zahlreiche Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP). Etwa 25 illegal Tätige waren bei der Straßenbahn beschäftigt, die anderen erwerbslos.

Durch Pöhlich war die Gestapo von Anfang an über die Aktivitäten des KPD-Instruktors Lehmann informiert. Bereits im Mai 1936 enthielt ein Gestapo-Bericht die Namen zahlreicher Mitwirkender des neuen Widerstandsnetzwerkes; auf Verhaftungen verzichtete die Gestapo zu diesem Zeitpunkt aber noch. Pöhlich sollte offenbar dafür sorgen, dass gegen die kommunistischen Funktionäre belastendes Material zusammenkam. So verriet er eine Übergabe von Matrizen für eine illegale Zeitung, die auf einem öffentlichen Platz stattfand: Gestapokommissar Kluske saß auf einer Parkbank und beobachtete die »konspirative« Materialübergabe.⁴⁶

Pöhlich sorgte auch dafür, dass die Gestapo Lehmann für einen Hauptfunktionär des Antimilitärischen Apparates (AM-Apparat) hielt.⁴⁷ So hieß es in einem auf Pöhlichs Informationen zurückgehenden Gestapo-Bericht, Instrukteur Lehmann habe großen Wert auf die Herstellung von Verbindungen zu kriegswichtigen Betrieben, zu Reichswehr, Schutzpolizei, Luftschutz, den Wehrformationen der NSDAP sowie zu ehemaligen SPD-Funktionären gelegt.⁴⁸

Für die Verhaftung von Lehmann war allerdings nicht Pöhlich verantwortlich, sondern Lehmann zufolge eine »Unvorsichtigkeit« des Mannes, der ihn über die Grenze bringen sollte.⁴⁹ Daher warf Lehmanns Verhaftung keinen Verdacht auf Pöhlich, und er konnte ab Sommer 1936 problemlos mit Lehmanns Nachfolger Alfons Lüdke zusammenarbeiten. Bei einer Besprechung im August 1936 lernte Pöhlich dann sogar den stellvertretenden Leiter des Prager AM-Apparates Herbert Lessig (Deckname »Tilly«) kennen, der ihn aufforderte, kriegswichtige Nachrichten etwa über Bauprojekte, Truppenstärken und Manöver zu liefern.⁵⁰ Die deutschen Kommunisten leiteten diese Informationen an den tschechischen Geheimdienst weiter, um im Gegenzug die eigene Bewegungsfreiheit zu sichern.

Mehrfach wurde Pöhlich dafür gerügt, dass er die verlangten Berichte nicht lieferte. Dennoch wirkte er bis 1938 als Kurier und nahm bei regelmäßigen Treffen im Riesenge-

46 Siehe Polizeipräsidium Leipzig, Vernehmung Rudolf Lehmann, 11.9.1936, BArch NJ 8638, Bd. 2, Bl. 63–87; Gerhard Ulbrich, Eidesstattliche Erklärung, 19.3.1948, SAPMO-BArch DY 55/V 278/2/71, n.pag.

47 Siehe Beglaubigte Abschrift aus den Akten 16 J 536/36 gegen den Modelltischler Rudolf Lehmann, 20.11.1936, BArch Z-C 11236, Bd. IV, Bl. 164–168.

48 Siehe Gestapo Breslau, Betr. Illegaler Wiederaufbau der K.P.D. in Breslau, 4.5.1936, BArch NJ 8638, Bd. 6, Bl. 2–10.

49 Rudolf Lehmann, Eidesstattliche Erklärung, Abschrift, o.D., SAPMO-BArch DY 55/V 278/2/71, n.pag.

50 Ein weiterer Auftrag des Prager AM-Apparates an Pöhlich lautete, Erkundigungen über aus Breslau stammende Politemigranten einzuholen, die sich in Prag aufhielten. Siehe Beglaubigte Abschrift aus den Akten 16 J 536/36 gegen den Modelltischler Rudolf Lehmann, 20.11.1936, BArch Z-C 11236, Bd. IV, Bl. 164–168, hier 167.

birge kommunistische Schriften in Empfang, die er umgehend bei der Gestapo ablieferte. Lediglich ein einziger, im »technischen Apparat« illegal tätiger Kommunist namens Springer erhielt die Schriften von Pöhlich mit der Auflage, sie an Walter Marquardt weiterzugeben.⁵¹

Berichte von KPD und Gestapo sowie Pöhlichs eigene Zeugenaussagen im Strafverfahren gegen den KPD-Grenzinsstrukteur Alfons Lüdke belegen, dass er bei der Verhaftung Lüdkes im Jahr 1938 eine wichtige Rolle spielte.⁵² Lüdke war am 12. Juni 1938 von der KPD-Abschnittsleitung nach Breslau geschickt worden, weil die dort illegal tätigen Kommunisten die gestellten Aufgaben »nicht richtig erfüllten«. In Breslau vermittelte ihm Oskar Pöhlich den Kontakt zu Hans Fischer, einem vermeintlichen Sympathisanten, der in Wirklichkeit V-Mann der Gestapo war.⁵³ Dieser ließ sich umfangreiche Aufträge zur Sabotage der Rüstungsproduktion, zum zersetzenden Wirken in nationalsozialistischen Organisationen und zur Beschaffung von Dokumenten, die illegalen Kommunisten im Ausland als gefälschte Papiere dienen könnten, erteilen – im Gerichtsprozess gegen Lüdke sagte er darüber umfassend aus und sorgte mit dafür, dass der kommunistische Funktionär zum Tode verurteilt wurde.

Wenig später wiederholte die Gestapo das perfide Täuschungsmanöver mit einer weiteren Instrukteurin, Hildegard Gurgeit. Wieder war es Pöhlich, der ihr einen Kontakt vermittelte. Bei dem angeblichen SPD-Mann,⁵⁴ der nach ihrer Verhaftung als Zeuge vor Gericht gegen sie aussagte, handelte es sich erneut um den bereits erwähnten Hans Fischer.⁵⁵ Die Gestapo ließ die Instrukteurin, die bereits vor ihrem Grenzübertritt ahnungslos mit dem V-Mann Pöhlich auf tschechischem Gebiet zusammengetroffen war, neun Tage lang Treffs und Besprechungen abhalten, »bei denen sie die politische Lage behandelte und Aufforderungen dahin ergehen ließ, Antikriegspropaganda unter den Massen zu betreiben und zu versuchen, die Massen gegen die Maßnahmen der Regierung aufzuhetzen«.⁵⁶ Dann wurde sie am 20. September 1938 verhaftet.

51 Siehe ORA [Oberreichsanwalt] beim VGH [Volksgerechtshof], Strafsache gegen [Alfons] Lüdke, Breslau 19.–22.10.1938, BArch Z-C 11236, Bd. IV, Bl. 238–267, hier 250 f.

52 Siehe Stapoleitstelle Breslau, Waldenburg, 16.6.1938, BArch Z-C 11236, Bd. III, Bl. 4–17. Die Falle der Gestapo war subtil konstruiert. Zunächst lehnten es die beiden V-Männer Pöhlich und Marquardt »weisungsgemäß« ab, zu Pfingsten 1938 in die »Enzian-Hütte« bei Braunau zu kommen. Daraufhin entschied das ZK in Prag, Lüdke nach Breslau zu entsenden. Siehe Gestapo Breslau an Gestapo Berlin, Monatsbericht, 29.6.1938, BArch R 58/3728, Bl. 129–134, hier 132.

53 In der Folgezeit wurde Lüdke von der Gestapo durchgängig observiert und am 15. Juni 1938 im Waldenburger Industriegebiet verhaftet. Siehe Gestapo Breslau an Gestapo Berlin, Monatsbericht, 29.6.1938, BArch R 58/3728, Bl. 129–134.

54 Hans Fischer war zunächst SPD-Mitglied, aber laut Kluske auch schon vor 1933 SA-Mann. Seit ca. 1936 war Fischer V-Mann der Gestapo Breslau. Siehe Betr. V-Mann Hans Fischer, Berlin, 23.10.1945, SAPMO-BArch RY 1/I 2/3/163, Bl. 9.

55 Siehe ORA beim VGH, Strafsache gegen [Alfons] Lüdke, Breslau 19.–22.10.1938, BArch Z-C 11236, Bd. IV, Bl. 238–267, hier 254; sowie der zutreffende KPD-Bericht: Lore, Tätigkeit der V-Männer »Max« [richtig: Walter Marquardt], »Gustav« [richtig: Oskar Pöhlich] und des SA-Mannes Hans Fischer für die Gestapoleitstelle Breslau in den Jahren 1933/41, 17.2.1948, SAPMO-BArch RY 1/I 2/3/163, Bl. 75.

56 Staatspolizeileitstelle Breslau an Gestapo Berlin, Monatliche Berichterstattung, 30.9.1938, BArch R 58/3728, Bl. 142–146, hier 146.

Pöhlich spielte für die kommunistische Widerstandsbewegung eine verhängnisvolle Rolle. Die von ihm bezichtigten Kommunisten wurden gefoltert, ohne Gerichtsverfahren in Konzentrationslager eingewiesen oder vor Gericht gestellt und schwer bestraft – bis hin zur Todesstrafe.⁵⁷ Fritz Haase, der ebenfalls mithilfe Pöhlichs verhaftet wurde, kam im KZ Auschwitz zu Tode.⁵⁸

Aber Pöhlichs Spitzeltätigkeit blieb begrenzt. Aufgrund der dezentralen Gruppenstrukturen konnte er nur partielle Einblicke in die Widerstandskreise erlangen.⁵⁹ Nach der im Oktober 1936 erfolgten Verhaftung jener Handvoll illegal tätiger Kommunisten der Gruppe »Robert«, die Pöhlich als »direkter Organisator«⁶⁰ erst zur Gruppe formiert hatte, stellten diese fest, dass ihr Misstrauen Schlimmeres verhindert hatte. Denn alle hatten wiederum Kontakte zu weiteren Kommunisten, die Pöhlich jedoch nicht kannte. Da sie ihre Genossen in den Verhören nicht verrieten, blieben Massenverhaftungen aus.⁶¹

Pöhlich trat sowohl im 1937 durchgeführten Prozess gegen Rudolf Lehmann als auch 1938 gegen Alfons Lüdke als Zeuge auf, was ungewöhnlich war: In der Regel wurden V-Leute nicht vom Gericht vernommen, weil sie damit als »verbrannt« galten. Pöhlich machte seine Aussagen auch erst nach der Zusicherung, dass die Öffentlichkeit ausgeschlossen würde.⁶² »Um der Staatspolizei die Möglichkeit zu belassen, diese V-Männer noch weiter zu verwenden«, benannte der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof Pöhlich und den V-Mann Marquardt im Urteil nur mit ihren Decknamen.⁶³

Nichtsdestotrotz war es im Oktober 1937 einem Kommunisten gelungen, in Erfahrung zu bringen, dass Pöhlich für die Gestapo arbeitete. Karl Liske, selbst als V-Mann der Gestapo geführt, traf sich häufig mit Gestapobeamten zum Skatspielen. Hier erfuhr Liske, dass Pöhlich »der tüchtigste V-Mann der Gestapo« sei. Er beschloss, den Spitzel entweder »selbst oder durch andere zu beseitigen«. Pöhlich hörte allerdings von dem Plan und erwirkte offenbar, dass Liske für ein Jahr ins KZ Sachsenhausen eingewiesen wurde.⁶⁴ Über spätere Einsätze Pöhlichs als V-Mann ist nichts bekannt.

57 Siehe Volksgerichtshof, 2. Senat, Urteil gegen Alfons Lüdke, 25.4.1939, BArch Z-C 11236, Bd. V, Bl. 418–445. Lüdkes Hinrichtung erfolgte am 14.7.1939. Siehe Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof, Niederschrift über den Vollzug der Todesstrafe an de[m] Maschinenschlosser Alfons Lüdke, 14.7.1939, BArch Z-C 11236, Bd. VII, Bl. 28.

58 Siehe Erich Waschlewski, Eidesstattliche Erklärung (Anm. 36).

59 Das Schwurgericht Kiel konnte ihm in zehn Fällen die Verantwortung für die Verhaftung durch die Gestapo nachweisen. Siehe Bericht über die Schwurgerichtsverhandlung gegen Oskar Pöhlig [richtig: Pöhlich], VVN Kiel an Landessekretariat VVN Schleswig-Holstein, Hamburg, 3.5.1949, BArch BY 5/V 279/ 137, n.pag.

60 R[obert] Schulz, Betrifft Oskar Pöhlig [richtig: Pöhlich] Breslau, o.D., SAPMO-BArch DY 55/V 278/2/71, n.pag.

61 Siehe Gerhard Ulbrich, Eidesstattliche Erklärung, 19.3.1948; Karl Maliske, Versicherung an Eidesstatt, Abschrift, Erding, 6.4.1948, SAPMO-BArch DY 55/V 278/2/71, n.pag.

62 Siehe VGH, Urteil gegen Rudolf Lehmann, 26.5.1937, BArch NJ 8638, Bd. 1, n.pag.

63 ORA beim VGH an Präsidenten des 2. Senats des Volksgerichtshofs, 31.10.1938, BArch Z-C 11236, Bd. V, Bl. 321.

64 Oberstaatsanwalt Kiel, Urteil gegen Oskar Pöhlich, 26.4.1949, LASH, Abt. 352 Kiel, Nr. 1709, Bl. 167–180, hier 173; siehe VVN Thüringen, Weimar, an VVN-Kreisvorstand Bautzen, 8.8.1949 sowie Robert Schulz, Betr.: Karl Liske früher Breslau, 20.9.1948, SAPMO-BArch DY 55/V 278/4/106, n.pag.

Walter Marquardt – der Provokateur

Spätestens ab 1936 verfügte Gestapokommissar Kluske über einen zweiten wichtigen V-Mann im kommunistischen Untergrund. Schon wegen seines Alters – er war zehn Jahre jünger als Oskar Pöhlich – konnte Walter Marquardt innerhalb der illegalen kommunistischen Organisation nicht auf ein langjähriges Vertrauensverhältnis bauen. Zudem war der gelernte Kürschner zunächst Sozialdemokrat gewesen, bevor er sich 1931 der KPD angeschlossen hatte. Ein Breslauer Kommunist, der Marquardt aus dieser Zeit kannte, charakterisierte ihn als »Linksradikalen ohne gutes Klassenbewusstsein«. ⁶⁵ Was damit gemeint war, lässt der Bericht eines anderen KPD-Mitglieds errahnen, wonach Marquardt »vornehmlich in kriminellen Kreisen, mit Vorliebe mit Prostituierten und Zuhältern« verkehrte. ⁶⁶ Mehrere Zeitzeugen berichteten, dass Marquardt illegale Geschäfte mit vermutlich gestohlenen Pelzen machte. ⁶⁷ Ein weiterer Zeitzeuge erinnerte sich, dass Marquardt im Jahr 1932 bei einer Schlägerei verhaftet, jedoch rasch wieder entlassen und lediglich mit einer Geldstrafe belegt worden sei: »Er gehörte zu den Radaumachern«, konstatierte der Kommunist, der mit Marquardt verschwägert war und zeitweise mit ihm zusammen wohnte, lakonisch. ⁶⁸

Alle zitierten Angaben erfolgten nach 1945, d. h. in dem Wissen, dass es sich bei Marquardt mit großer Wahrscheinlichkeit um einen Verräter handelte, weshalb negative Aspekte in den Vordergrund gerückt und teilweise überzogene Verdächtigungen geäußert wurden. Zunächst lassen sie nur den Schluss zu, dass Marquardt sowohl hinsichtlich seiner Lebensführung als auch seiner politischen Gesinnung nicht dem Ideal eines ideologisch und moralisch gefestigten Kommunisten entsprach. Einen ähnlichen Eindruck hatte übrigens auch Gestapokommissar Kluske, der 1949 über seinen ehemaligen V-Mann äußerte, er sei Mitglied der KPD gewesen, »aber wohl kein überzeugter Kommunist«. ⁶⁹

Ungewöhnlich war Marquardts Reaktion auf die nationalsozialistische Machtübernahme: Er trat, nachdem er verhaftet, aber bereits nach wenigen Tagen wieder freigelassen worden war, dem »Deutschnationalen Kampfring« bei. Bei den Kampfringen handelte es sich um kurzlebige Organisationen aus dem Umfeld der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), die bereits am 21. Juni 1933 vom Reichsinnenminister mit der Begründung verboten wurden, sie seien marxistisch unterwandert. ⁷⁰ Zumindest für Breslau mochte diese Behauptung eine gewisse Berechtigung gehabt haben, denn Mar-

65 Gustav Meder, Eidesstattliche Versicherung, Dresden, 13.6.1949, Abschrift, SAPMO-BArch DY 55/V 278/2/71, n.pag.

66 Erich Zedel an SED-Zentralsekretariat Berlin, 10.11.1947, Abschrift vom 6.7.1949, SAPMO-BArch DY 55/V 278/2/71, n.pag.

67 Siehe ebd.

68 VVN-Generalsekretariat, Protokoll Gerhard Rittner, Berlin, 23.9.1949, SAPMO-BArch DY 55/V 278/2/71, n.pag.

69 Erster Staatsanwalt Dr. Topf, Vernehmung Josef Kluske, Detmold, 27.1.1949, LASH, Abt. 352 Kiel, Nr. 1709, Bl. 65 f.

70 Siehe Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen, Bd. 2: Deutsche Geschichte vom »Dritten Reich« bis zur Wiedervereinigung, München 2000, S. 22.

Dieses Foto kann aus
urheberrechtlichen Gründen in
der Online-Ausgabe des JHK
nicht angezeigt werden.

Walter Marquardt, Aufnahme um 1945.

BArch DY 55/112

quardt, der zu dieser Zeit mit einer schwarz-weiß-roten Armbinde herumlief, erzählte einem Bekannten, dass »in diesem Verband fast alles sozialistisch gesinnte Mitglieder sind«. ⁷¹

Im Jahr 1935 erhielt Marquardt durch Vermittlung von Fritz Haase Zugang zur illegalen kommunistischen Widerstandsbewegung in Breslau. Zu dieser Zeit war er eigenen Aussagen zufolge noch überzeugter Kommunist. Durch die Verhaftung der schlesischen KPD-Bezirksleitung im Herbst 1935, die auf Oskar Pöhlich zurückging, habe er begonnen, am Sinn der Widerstandsaktivitäten zu zweifeln, zunächst aber noch als Polleiter gearbeitet. Noch im April 1936, als der nach Breslau geschickte Instrukteur Rudolf Lehmann den Eindruck gewann, Marquardt sei seiner Aufgabe nicht gewachsen, und ihn von dieser Funktion entband, versuchte Marquardt sich unentbehrlich zu machen, indem er vermeintliche Kontakte zu einer neu gegründeten »Deutschnationalen Sturmshar« sowie zur Reichswehr herzustellen anbot. ⁷² Ob hinter diesen Offerten bereits die Gestapo stand, kann nur vermutet werden. Erste Mutmaßungen, er könne ein Denunziant sein, entstanden bereits 1935. ⁷³

Marquardts eigenen Aussagen zufolge formierte der Breslauer Gestapokommissar Kluske das Spitzel-Duo Pöhlich/Marquardt erst Ende 1936. Bezeichnend für die perfekte Tarnung von Oskar Pöhlich ist, dass Marquardt ihn zu dieser Zeit immer noch für einen ehrlichen Kommunisten hielt. Pöhlich äußerte über seine »Zusammenarbeit« mit Marquardt: »Marquardt war Instrukteur der illegalen KPD. Ich mußte dem Marquardt illegal Schriftenmaterial der KPD übergeben und Marquardt als Instrukteur belehrte

71 Paul Hanisch, Erklärung, Gera, 15.9.1947, SAPMO-BArch DY 55/V 278/2/71, n.pag.

72 Siehe Rudolf Lehmann, Schutzschrift, an Volksgerichtshof, Breslau, 6.5.1937, BArch NJ 8638, Bd. 3, Bl. 26–29.

73 Siehe Josef Lysse an Untersuchungsrichter beim Landgericht Bückeburg, Weimar, 3.1.1951, SAPMO-BArch DY 55/113, Bl. 17 f.

mich über die politische Lage und diskutierte mit mir darüber.«⁷⁴ Erst zu einem späteren Zeitpunkt gaben sich beide gegenseitig als V-Männer zu erkennen.

Marquardt spielte die Rolle des politischen Leiters, Pöhlich wurde Techniker, Kurier und Funktionär für Agitation und Propaganda. Gemeinsam mit Alfons Lüdke bildeten sie die Bezirksleitung der KPD Schlesien – ein potemkinsches Dorf der Gestapo. »Eine Ortsgruppe hatten wir eigentlich nicht mehr«, schilderte Marquardt 1938 rückblickend, aber es habe Kontakte zu einigen Breslauer Widerstandsgruppen gegeben. Insbesondere war es Marquardt im Jahr 1937 gelungen, das Vertrauen des bereits seit 1933 erfolgreich illegal tätigen Paul Gramatte zu erschleichen, der einer kleinen Widerstandsgruppe von Sympathisanten der Kommunistischen Partei-Opposition (KPD(O)) angehörte. Diese lose strukturierte Gruppe sammelte Gelder zur Unterstützung politischer Häftlinge. Die Beteiligten trafen sich an Badestellen an der Oder, um die politische Lage zu diskutieren. Gramatte äußerte sich gegenüber illegalen Genossen beeindruckt von Marquardts Aktivität und dem Umstand, dass er »bei bestimmten Aktionen einen Mut an den Tag legte, der an Tollkühnheit grenzte«.⁷⁵

Dass es sich bei dem vermeintlichen »Mut« nur um Schauspielerei handelte, bekam KPD-Instrukteur Alfons Lüdke im Sommer 1937 zu spüren, als er Pöhlich und Marquardt aufforderte, in Rüstungsbetrieben Betriebsgruppen zu gründen und diese direkt der Abschnittsleitung zu unterstellen. Die beiden V-Leute weigerten sich mit der Begründung, das sei zu gefährlich und zu teuer. Marquardt führte ein Jahr später im Prozess gegen Lüdke aus: »Wir gaben dann an, Betriebsgruppen gebildet zu haben. Das stimmte aber nicht. Wir erstatteten auch ab und zu Berichte, die wir vorher mit Inspektor Kluske durchgesprochen hatten.«⁷⁶ Auch hinsichtlich vermeintlicher Einheitsfront-Bemühungen gab Marquardt falsche Erfolgsmeldungen ab.

In sozialer Hinsicht hatte sich Marquardt zu dieser Zeit gut etabliert. Er war verheiratet und betrieb neben seiner Tätigkeit in einer Breslauer Firma eine private Kürschnerwerkstatt in seiner Wohnung. Seinen relativen Wohlstand nutzte er, um frühere Genossen zum Essen einzuladen bzw. Lagen zu spendieren; manche hatten dabei den Eindruck, er versuche, sie dezent auszuhorchen.⁷⁷

Mehreren Widerstandsgruppen wurde ihr Kontakt zu Marquardt zum Verhängnis. So übergab er einem Kommunisten illegales Material – in der folgenden Nacht führte die Gestapo dann eine Hausdurchsuchung bei dem Betreffenden durch und verhaftete ihn.⁷⁸ Ein ehemaliges Mitglied der SAP wurde von Marquardt ebenfalls verraten. Nach der

74 Der Oberstaatsanwalt, Vernehmung Oskar Pöhlich, Kiel, 2.2.1949, LASH, Abt. 352 Kiel, Nr. 1709, Bl. 71–73, hier 72.

75 Fritz Scholz, Bericht über die illegale Tätigkeit 1933–45, Halle, 17.8.1948, SAPMO-BArch RY 1/I 2/3/147, Bl. 175–180, hier 176.

76 ORA beim VGH, Strafsache gegen [Alfons] Lüdke, Breslau 19.–22.10.1938, BArch Z-C 11236, Bd. IV, Bl. 238–267, hier 262–266, Aussage V-Mann 186 = Marquardt, hier 262.

77 Siehe Gustav Meder, Eidesstattliche Versicherung, Dresden, 13.6.1949, Abschrift, SAPMO-BArch DY 55/V 278/2/71, n.pag.

78 Siehe ebd. Gestapokommissar Kluske bestätigte später, dass er durch Pöhlich von der Gruppe um Sawa, Ulbrich und Maliske erfahren hatte. Siehe Erich Zedel an SED-Zentralsekretariat Berlin, 10.11.1947, Abschrift vom 6.7.1949, SAPMO-BArch DY 55/V 278/2/71, n.pag.

Festnahme im Oktober 1937 konfrontierte die Gestapo den Verhafteten mit einer Pistole, die er auf dem Dachboden versteckt hatte. Zuvor hatte Marquardt sich diese Waffe unter einem Vorwand für zwei Wochen ausgeborgt, weshalb die Gestapo sogar die Waffennummer kannte, mit der sie den Verhafteten nun überführen konnte.⁷⁹ Auch die von Paul Gramatte geleitete KPD(O)-Gruppe brachte Marquardt ins Gefängnis. Anfang 1938 wurden etwa 35 Personen verhaftet.⁸⁰ Der Volksgerichtshof verurteilte Gramatte zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus.⁸¹

Nach der bereits geschilderten Verhaftung des KPD-Instrukteurs Alfons Lüdke reiste Marquardt am 26. Juni 1938 erneut in die ČSR, um sich größere Mengen illegaler Druckschriften übergeben zu lassen. Zugleich meldete er der Gestapo die bevorstehende Ankunft eines Vertreters des ZK mit Decknamen »Max« in Breslau oder Waldenburg.⁸²

Wie Pöhllich blieb Marquardt bis zur Besetzung des Sudetengebiets mit der KPD-Abschnittsleitung in Braunau in Kontakt, die völlig ahnungslos war.⁸³ Bei einem Treffen am 15. Mai 1938 beispielsweise war ein Mann vom Jugend-ZK aus Prag anwesend, der sich über die Arbeit der Gestapo sogar lustig machte.⁸⁴

Zu Kriegsbeginn wurde Marquardt dann zunächst vom Wehrdienst zurückgestellt – was er gegenüber seinen Bekannten damit begründete, dass sein Betrieb kriegswichtig sei. Grund für die Freistellung vom Kriegsdienst war aber aller Wahrscheinlichkeit nach, dass er weiterhin als V-Mann wirken sollte. So suchte er Kontakt zu Kommunisten, »köderte« sie mit Lebensmitteln und versuchte sie zu bewegen, »eine Umsturbbewegung« zu schaffen.⁸⁵ Zu Weihnachten 1940 drängte er seinen aus dem KZ Sachsenhausen entlassenen Schwager, mit ehemaligen Genossen in Verbindung zu treten und ihm dann darüber zu berichten.⁸⁶

1941 wurde Marquardt Soldat, aber nicht an der Front, sondern bei der Abteilung »Abwehr« des Generalkommandos in Breslau.⁸⁷ In dieser Funktion soll er, so behauptete ein Breslauer Kommunist, in den Kasernen Breslau-Rosenthal und Karlowitz dafür

79 Siehe Fritz Hohaus an Ermittlungsdienst der VVN, Grimma, 21.2.1950, Abschrift, SAPMO-BArch DY 55/113, Bl. 14 f.

80 Siehe Lore, Prozess Gramatte, 21.10.1947, SAPMO-BArch RY 1/I 2/3/163, Bl. 19 f. Einen Mitstreiter holte die Gestapo Anfang März 1938 und konfrontierte ihn mit Details, die nur von Marquardt stammen konnten. Siehe Ernst [Erwin?] Schaar, Angaben, Niederschmon, o.D., Abschrift 27.5.1949, SAPMO-BArch DY 55/V 278/2/71, n.pag.

81 Siehe VGH, 2. Senat, Urteil Paul Gramatte und Helga Beyer, 20.1.1939, BArch NJ 9368, Bd. 1, n.pag.

82 Siehe Staatspolizeileitstelle Breslau an Gestapa Berlin, Monatliche Berichterstattung, 29.6.1938, BArch R 58/3728, Bl. 129–134, hier 133.

83 Siehe Gestapo Breslau an Gestapo Berlin, Monatsbericht, 30.9.1938, BArch R 58/3728, Bl. 142–146.

84 Siehe ORA beim VGH, Strafsache gegen [Alfons] Lüdke, Breslau 19.–22.10.1938, BArch Z-C 11236, Bd. IV, Bl. 238–267, hier 262–266 (Aussage V-Mann 186 = Marquardt).

85 Paul Schwarzer an Landesprüfungsausschuss der VVN Weimar, Mitteldorf, 29.8.1949, SAPMO-BArch DY 55/116, Bl. 25.

86 »Er bekannte ganz offen, daß er bei der Gestapo tätig war«, berichtete Rittner über Marquardt im Jahr 1948. Vernehmung Gerhard Rittner, Großenhain, 27.10.1948, SAPMO-BArch DY 55/V 278/2/71, n.pag.

87 Siehe Polizei-Station Steinhude, Vernehmung Walter Marquardt, Steinhude a. Meer, 6.2.1949, LASH, Abt. 352 Kiel, Nr. 1709, Bl. 93–95.

gesorgt haben, dass »ein großer Teil der zu der damaligen Wehrmacht einberufenen Antifaschisten verhaftet wurde«. ⁸⁸ Bis Kriegsende wurde Marquardt, obwohl kriegsverwendungsfähig, nicht zur Front geschickt. Seine für Soldaten erstaunliche Bewegungsfreiheit, sein widersprüchliches Verhalten und sein wechselndes Erscheinungsbild sorgten dafür, dass Marquardt seinen Zeitgenossen als zwielichtiger Mensch erschien. Vorübergehend war er im Borsigwerk in Hundsfield eingesetzt und trug Zivil, ⁸⁹ dann wurde er wieder in Uniform gesehen. Teilweise trat er gegenüber ehemaligen Genossen als Antifaschist auf, ⁹⁰ dann wieder brüstete er sich, »dass er bereits über 30 Menschen aufs Schaffott gebracht habe«, ⁹¹ darunter polnische Zwangsarbeiter einer Breslauer Rüstungsfirma, die auf der Toilette einen Geheimsender installiert hatten.

Während seiner Zeit als »kommunistischer Widerstandskämpfer« erinnerte sein Verhalten stark an das eines Agent provocateur. Er war sehr aktiv, drängte sogar zu bewaffneten Aktionen und war stets bemüht, persönlichen Kontakt zu anderen Gruppen aufzunehmen. Er lud illegal tätige Kommunisten zu Bier und Essen ein, um sie auszufragen, und stellte Fallen, indem er illegales Material in Umlauf brachte. ⁹² Bei der Weitergabe griff dann die Gestapo zu und nahm Verhaftungen vor. ⁹³ Überhaupt fragte er Mitstreiter oft nach Namen von Kurieren und Verbindungsleuten, was den Regeln des konspirativen Arbeitens widersprach.

Zu Kriegsende geriet Marquardt zunächst in sowjetische Gefangenschaft, konnte jedoch nach Bayern fliehen, wo er bis Juli 1946 interniert war. Danach ließ er sich in seinem alten Beruf als Kürschner in Steinhude nieder. Von hier aus nahm er Kontakt zur SPD in Hannover auf, um seinen Bruder Emil, einen Breslauer SPD-Funktionär, aus der britischen Kriegsgefangenschaft zu holen, was ihm auch gelang. In Hannover traf Marquardt einen Breslauer Gewerkschaftsfunktionär wieder und trat der Gewerkschaft bei. Diese erfolgreiche Etablierung in der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft trug offenbar mit dazu bei, dass die Hannoveraner SPD zunächst nicht tätig wurde, als sie im Jahr 1947 zahlreiche eidesstattliche Erklärungen von dem in Thüringen ansässigen »Schlesierausschuss« der VVN erhielt, die Marquardt schwer belasteten. ⁹⁴ Erst 1949 wurde Marquardt im Vorfeld des Prozesses gegen Pöhlich vernommen, leugnete aber, jemals V-Mann gewesen zu sein. ⁹⁵ Offenbar wusste er nicht, das Kluske wenige Tage

88 Leopold Obrusnik, Eidesstattliche Erklärung, Abschrift, Halle, o.D., SAPMO-BArch DY 55/V 278/2/71, n.pag.

89 Siehe Kriminalamt Dresden, Dienststelle Großenhain, Untersuchungsorgan, Vernehmung Gerhard Rittner, 27.10.1948, SAPMO-BArch DY 55/V 278/2/71, n.pag.

90 Siehe Paul Hanisch, Erklärung, Gera, 15.9.1947, SAPMO-BArch DY 55/V 278/2/71, n.pag.

91 Hermann Hartmann, Erklärung über die Spitzeltätigkeit des Walter Marquardt aus Breslau für die Gestapo, Gera, 10.1.1948, SAPMO-BArch DY 55/V 278/2/71, n.pag.

92 Siehe Walter Flechtner, Eidesstattliche Erklärung, Weimar, 2.9.1947, SAPMO-BArch DY 55/V 278/2/71, n.pag.

93 Siehe G. Ulbrich an Schlesier-Ausschuss der VVN Weimar, Erich Waschlewski, 11.9.1947, SAPMO-BArch DY 55/V 278/2/71, n.pag.

94 Siehe Erich Waschlewski an Zentralsekretariat der SED, Abt. Personalpolitik, Weimar, 18.12.1947, SAPMO-BArch DY 55/V 278/2/71, n.pag.

95 Siehe Polizei-Station Steinhude, Vernehmung Walter Marquardt, Steinhude a. Meer, 6.2.1949, LASH, Abt. 352 Kiel, Nr. 1709, Bl. 93–95.

zuvor seine »Erinnerungslücken« geschlossen und sich auf die V-Männer Marquardt und Pöhlich besonnen hatte.⁹⁶ Zudem waren da auch noch die Aussagen von Oskar Pöhlich, dessen Versuche, einen möglichst großen Teil seiner Schuld auf Marquardt abzuwälzen, zwar vergeblich blieben – dass Marquardt aber V-Mann gewesen war, erschien nach dem Prozess gegen Pöhlich unstrittig. Daher wurde 1950 ein Strafverfahren gegen Marquardt eingeleitet,⁹⁷ eine Verurteilung blieb jedoch aus.⁹⁸

Breslau – Beispiel für eine allgemeine Unterwanderungsstrategie der Gestapo?

Führt man sich vor Augen, dass die Gestapo durch den V-Mann-Einsatz von 1935 bis 1939 die Widerstandsaktivitäten der Breslauer Kommunisten weitgehend unter Kontrolle hatte, erscheint der organisierte kommunistische Widerstand in Breslau als tragische Farce.

Aber er ist kein Einzelfall. Vielmehr scheint die Gestapo ab 1935, nachdem sie die KPD durch immer neue Verhaftungswellen an den Rand der Existenz gebracht hatte, auch in anderen Teilen des Reiches eine Strategie praktiziert zu haben, die nicht mehr auf die rasche Zerschlagung der Widerstandszellen abzielte, sondern auf ihre langfristige Unterwanderung.⁹⁹

Das unterstreicht das Beispiel München: Hier avancierte der 1933 aus dem KZ Dachau entlassene V-Mann Max Troll, ein ehemaliger kleiner Funktionär der »Roten Hilfe«, binnen kürzester Zeit zum engsten Mitarbeiter des KPD-Instrukteurs Bruno Lindner und übernahm nach dessen Flucht in die Schweiz im Mai 1935 unter dem Decknamen »Theo« die Leitung der KPD Südbayern.¹⁰⁰ Seine Tätigkeit bestand vor allem darin, persönliche Kontakte zu den KPD-Abschnittsleitungen in der Schweiz und

96 Siehe Erster Staatsanwalt Dr. Topf, Vernehmung Josef Kluske, Detmold, 27.1.1949, LASH, Abt. 352 Kiel, Nr. 1709, Bl. 65 f.

97 Siehe Untersuchungsrichter beim Landgericht Bückeburg an VVN-Landesvorstand Sachsen-Anhalt, 13.12.1950, SAPMO-BArch DY 55/V 278/4/84, n.pag.

98 Unter dem Kennzeichen Fs. 1/50 wurde eine Voruntersuchung eingeleitet. Eine Strafverfahrensakte ist im Niedersächsischen Landesarchiv aber nicht vorhanden. Auskunft Niedersächsisches Landesarchiv (NLA) Hannover, 8.11.2013. Siehe auch Michael Herms/Gert Noack: Der »Schlesierausschuß« der VVN im Visier der SED-Führung (1946–1952), Berlin 1997, S. 19 f.

99 Ein späteres Beispiel für die Strategie, die KPD durch V-Leute an der Spitze zu kontrollieren, ist die 4. Inlandsleitung der österreichischen KP, die im Jahr 1942 bestand und offenbar ein direktes Resultat der Tätigkeit von Gestapo-Spitzeln war. Siehe Hans Schafranek: Wiener Gestapo-Spitzel im Umfeld sowjetischer Funk- und Fallschirmagenten und als Mitbegründer der 4. illegalen Inlandsleitung der KPÖ (1942), in: Zeitgeschichte 40 (2013), H. 6, S. 323–337.

100 Mehringer ist sich nicht ganz sicher, ob Troll eventuell sogar für ganz Bayern zuständig war. Nachweislich unterhielt er auch Kontakte zur Roten Hilfe in Franken. Siehe Hartmut Mehringer: Die KPD in Bayern 1919–1945. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand, in: Martin Broszat/Hartmut Mehringer: Bayern in der NS-Zeit, Bd. V, München 1983, S. 1–286, hier S. 134, 152. Siehe auch Heike Bretschneider: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in München 1933 bis 1945, München 1968.

in Prag zu unterhalten und in München illegale Literatur zu verteilen – wobei die Gestapo den Umfang der tatsächlich verteilten und der einbehaltenen Schriften bestimmen konnte. Trolls Vorgehen als V-Mann erscheint im Rückblick ausgesprochen raffiniert, zielte es doch auf maximale Strafverfolgung der illegal tätigen Kommunisten ab: Um möglichst viele Mitglieder der Widerstandsgruppen kennenzulernen, führte er größere Treffen durch und regte mehrfach die Herstellung von Flugblättern an, die zwar nie verteilt wurden, in den Strafverfahren gegen die Urheber jedoch Verwendung fanden. Entgegen den Forderungen der Reichsleitung der »Roten Hilfe«, diese Organisation aus Sicherheitsgründen von den Parteistrukturen der KPD scharf zu trennen, betrieb Troll eine Verschmelzung. Dahinter stand ein perfides Ansinnen: Die Mitarbeiter der »Roten Hilfe« konnten dadurch aufgrund der KPD-Mitgliedschaft wegen Hochverrats zu langjährigen Haftstrafen verurteilt werden.¹⁰¹ Da alle Kontakte zur Emigrationsleitung in Zürich über ihn liefen, konnte er zahlreiche nach Süddeutschland entsandte Instrukteure denunzieren – im Jahr 1935 sollen bis zu 17 von ihnen durch seinen Verrat verhaftet worden sein.¹⁰²

Bei den im Land selbst illegal tätigen Kommunisten ließ sich die Gestapo mit den Verhaftungen Zeit, denn es bot sich ihr eine – so Hartmut Mehringer – »geradezu groteske Situation«, die ihr »wie die Erfüllung aller Wunschträume erschienen sein« muss: »Ein Polizeispitzel und agent provocateur an der Spitze der illegalen Stadt- und Bezirksorganisation der KPD, über den es der Politischen Polizei möglich war, Aktionen, Literaturverteilung, ja im Grunde das Vorhandensein als solches von illegalen Stadtteilgruppen in München fast beliebig zu kontrollieren, zu steuern und zu kanalisieren und bei Verhaftungen sicher sein zu können, den gesamten Organisationszusammenhang zu erfassen [...]«¹⁰³

In Chemnitz schwebte der Gestapo ein ähnlicher Coup vor. Dort sollte der Kommunist Kurt Wagner ab Januar 1936 die KPD-Parteorganisation Westsachsen »unter Aufsicht« der Gestapo »völlig neu aufbauen.«¹⁰⁴ Wagner war im Juni 1935 aus der Haft entlassen worden. Durch die Drohung mit einem erneuten Prozess – Andeutungen gingen in Richtung Spionage – machte ihn die Gestapo gefügig. Er knüpfte Verbindungen zu KPD-Betriebsgruppen in Chemnitz und zu Anhängern der SAP in Zwickau. Um einen »Dreierkopf« – mit ihm als Orgleiter – zu bilden, warb er zwei aus dem Konzentrationslager entlassene Funktionäre an. Diese waren jedoch misstrauisch und flohen im März 1936 in die Tschechoslowakei. Wagner reiste hinterher, um seinen Status als V-Mann zu retten, indes: »Im Verlauf einer 7stündigen Unterhaltung gab Wagner dann, nach anfänglichem hartnäckigem Sträuben zu, für die Gestapo gearbeitet zu haben.«¹⁰⁵ Als handfes-

101 Siehe Nikolaus Brauns: *Schafft Rote Hilfe! Geschichte und Aktivitäten der proletarischen Hilfsorganisation für politische Gefangene in Deutschland (1919–1938)*, Bonn 2003, S. 280, 282.

102 Siehe Mehringer: *KPD in Bayern* (Anm. 100), S. 152.

103 Ebd., S. 135.

104 Manuskript »Gestapo«, BArch NY 4091/79, Bl. 48–57, hier 56 f.

105 Betr. Kurt Wagner, Chemnitz, Aufbau der Org. in Chemnitz und Westsachsen in Zusammenhang mit den Freunden Ludwig und Schellenberger, 14.4.1936, SAPMO-BArch DY 30/IV 2/4/376, Bl. 144–149, hier 144.

ter Beweis seiner Spitzeltätigkeit diene der falsche Pass, den ihm die Gestapo ausgestellt hatte. Wagner wurde in Prag festgehalten, die KPD-Zeitung *Rote Fahne* machte den Fall publik.¹⁰⁶ Damit erwies sich dieser Unterwanderungsversuch der Gestapo als Fehlschlag.

V-Leute in der Nachkriegszeit

Alle drei Breslauer V-Männer gelangten nach Kriegsende ebenso wie Gestapokommissar Josef Kluske in die Westzonen. Während Kluske und Marquardt einer Strafverfolgung entgingen, mussten sich Paris und Pöhlich vor Gerichten verantworten.

Pöhlich wurde eine relativ strenge Behandlung zuteil. Das Schwurgericht Kiel, das ihn 1949 wegen »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« zu drei Jahren Zuchthaus verurteilte, sah in seiner Tätigkeit als V-Mann »eine kaum zu überbietende Gesinnungslosigkeit«, zumal er nie Nationalsozialist geworden war und somit nicht etwa aus geänderter politischer Überzeugung gehandelt habe. Offenbar hatte er, so sah es das Gericht, »eine Art Jagdtrieb« entwickelt, der sich verselbstständigt hatte. Das Urteil stellte klar: »Die Menschheit empört sich nicht etwa über jede Denunziation, mag sie auch noch so niedriger Gesinnung des Täters entspringen. Sie tut es nur dann, wenn ein Zusammenhang mit einem politischen System zu erkennen ist und durch das Zusammenwirken von Denunziant und System unveräußerliche Menschenrechte angegriffen werden.« Spitzeltätigkeit werde erst dort rechtswidrig, »wo der Agent nicht zur Verbrechensbekämpfung, sondern zur Unterdrückung der freien Meinungsäußerung eingesetzt wird in einem Staat, der die rechtsstaatliche Grundlage verlassen hat«; im vorliegenden Fall habe die »moralisch verwerfliche Handlungsweise [...] schwerste Folgen für seine Opfer gehabt«.¹⁰⁷ Pöhlichs Verteidigung, er hätte zumindest anfänglich aus einer Zwangslage heraus gehandelt, war für die Kieler Richter weniger nachvollziehbar. Immerhin bemühten sie sich, seine Schuld möglichst genau zu ermitteln. Nachweisen konnten sie ihm die Denunziation von 13 illegalen Widerstandskämpfern. Das dennoch relativ milde Strafmaß ergab sich daraus, dass die Denunziationen als ein einziges Vergehen gesehen wurden.

Von den drei Jahren Haft musste Pöhlich den Großteil absitzen; lediglich drei Monate wurden ihm erlassen. Nur widerstrebend stimmte der Vorstand der Vollzugsanstalt Rendsburg im Oktober 1951 dem Gnadengesuch zu. Zwar sei Pöhlich arbeitsam und angepasst, mache aber »einen hinterhältigen, verlogenen Eindruck« und versuche sich, »wenn auch geschickt und unauffällig, als Zuträger zu betätigen«.¹⁰⁸

Ganz anders gestaltete sich das Nachkriegsschicksal von Georg Paris, das durch Lügen und dreiste Flucht nach vorn gekennzeichnet war. Paris gab sich in seiner neuen

106 Siehe Adolf Diamant: Gestapo Chemnitz und die Gestapoaußenstellen Plauen i.V. und Zwickau, Chemnitz 1999, S. 168.

107 Oberstaatsanwalt Kiel, Urteil gegen Oskar Pöhlich, 26.4.1949, LASH, Abt. 352 Kiel, Nr. 1709, Bl. 167–180, hier 176 f. und 179 f.

108 Gnadenheft, Vorstand der Vollzugsanstalt Rendsburg, Stellungnahme, 16.7.1951, LASH, Abt. 352 Kiel, Nr. 1710, Bl. 14.

schwäbischen Heimat als SPD-Mitglied und Verfolgter des Naziregimes aus und wirkte zunächst als Ermittler, dann als Öffentlicher Kläger bei der Spruchkammer Schwäbisch Gmünd.¹⁰⁹

Im August 1948 wurde er durch ehemalige Breslauer Kommunisten von der SBZ aus aufgespürt. Im Fokus seines Gerichtsverfahrens stand indes weniger sein Wirken als V-Mann als seine spätere Tätigkeit in der Verwaltung von Zwangsarbeitslagern. Paris soll Häftlinge misshandelt haben.¹¹⁰ Die Zeugenaussagen fielen jedoch widersprüchlich aus, und für seinen nachrichtendienstlichen Kriegseinsatz zwischen 1942 und 1944 fehlten der Zentralspruchkammer in Ludwigsburg jegliche Dokumente. So wurde seine Verurteilung als »Hauptschuldiger« zu zwei Jahren Arbeitslager wenig später per Berufung aufgehoben, und Paris kam frei, nicht zuletzt weil er es verstanden hatte, sich im Kontext des Kalten Krieges als Opfer einer kommunistischen Diffamierungskampagne zu stilisieren.¹¹¹

109 Siehe Landesausschuss Württemberg-Baden der vom Naziregime politisch Verfolgten, Kreisstelle Schwäbisch Gmünd, an Landesausschuss der politisch Verfolgten München, 15.8.1948, SAPMO-BArch DY 55/V 278/4/107, n.pag.

110 Siehe LOWA Waggonbau Görlitz VEB an Zentralspruchkammer Nord-Württemberg, Öffentlicher Kläger, 30.11.1949, LABW-StaL, EL 902/7, Bü 11072, n.pag.

111 Siehe Zentralspruchkammer Nord-Württemberg, Kammer II, Spruch gegen Georg Paris, 7.12.1949, LABW-StaL, EL 902/7, Bü 11072; Der öffentliche Kläger, Edele, an Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, 27.12.1949; Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit an Spruchkammer Ludwigsburg, 19.12.1949, LABW-StaL, EL 905/4, Bü 2214, n.pag.